695724 SE:

Forschungsseminar: Staatszerfall,

Parastaatlichkeit und Bandenkriege

Prof. Hannelore Eva Kreisky

DIE BEDEUTUNG NATÜRLICHER RESSOURCEN FÜR DIE STAATLICHE STABILITÄT UND SICHERHEIT

Seminararbeit von
Angela Meyer
(9606720)
A 092 300

Wien, im März 2004

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG ____ *3*

1. Ressourcenknappheit und Ressourcenreichtum – Eine Gegenüberstellung zweier potentieller Konfliktfaktoren ____ *6*

1.1 Konfliktfaktor Ressourcenarmut ____ **6**

1.2 Konfliktfaktor Rohstoffreichtum ____ **8**

Einflussfaktor 1: Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen ____ 9

Einflussfaktor 2: Die Schwäche des Staates ____ 13

2. Ressourcenreichtum und ihre Bedeutung in Konflikten ____ *16*

2.1 Die Rolle von Rohstoffen bei der Konfliktfinanzierung ____ **16**

2.2 Rohstoffe als zusätzlicher Konfliktgegenstand ____ **22**

2.2.1. Die Bedeutung von Rohstoffen für den Ausbruch bewaffneter Konflikte ____ 22

2.2.2 Die Bedeutung von Rohstoffen für Verlauf und Dauer von Konflikten ____ 23

3. Diskussion von Lösungsansätzen ____ *26*

3.1 Internationale Verwaltung von Rohstoffen ____ **26**

3.2 Angleichung von Rohstoffpreisen an durchschnittliche Förderkosten ____ **27**

3.3 Errichtung Internationaler Embargos auf Rohstoffe aus Kriegsgebieten ____ **29**

3.4 Fazit und Gegenvorschlag: Stärkung regionaler Sicherheitsbündnisse ____ **31**

SCHLUSSWORT ____ *33*

BIBLIOGRAPHIE ____ *34*

EINLEITUNG

Von Kolumbien über Papua Neuguinea, bis hin zu einem guten Dutzend militärischer Konflikte in Afrika, ist die Bedeutung der dort verfügbaren natürlichen Ressourcen ebenso unbestritten, wie unklar. In ihrer Art und Erscheinungsform unterscheiden sich diese Krisen, die zunehmend unter dem Konzept der „neuen Kriege“ Beachtung finden, von klassischen Formen kriegerischer Auseinandersetzung. Die Zahl klassischer, zwischenstaatlicher Konflikte ist seit 1989 beträchtlich gesunken: Das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) hält insgesamt für die Zeit zwischen 1990 und 2000 nur 3 solcher Kriege fest[1]. Dagegen waren die neunziger Jahre durch einen beachtlichen Anstieg der Anzahl innerstaatlicher Konflikte gekennzeichnet; ein Trend, der auch gegenwärtig nicht abzureißen scheint.[2]

Diese Entwicklung hat in den vergangenen zehn Jahren zu einem neuen Herangehen in der Frage um die zentralen Ursachen von Konflikten geführt. Insbesondere wurde die Frage aufgeworfen, welche Faktoren an die Stelle der bis dahin stark vom ideologiebezogenen Machtkampf der beiden Supermächte beeinflussten Konfliktursachen getreten sind. Neben historischen und geographischen Hintergründen wird immer wieder die Rolle von Faktoren wie der ethnischen und religiösen Zusammensetzung oder der wirtschaftlichen Lage in den von Konflikten betroffenen Staaten in Erwägung gezogen.

In der vorliegenden Seminararbeit wird in diesem Kontext die Bedeutung natürlicher Ressourcen in den Vordergrund gestellt. Dabei liegt der Fokus überwiegend auf den sogenannten Entwicklungsländern, wobei insbesondere Beispiele aus Schwarzafrika herangezogen werden. Zentrales Anliegen ist es, den Ressourcenreichtum eines Staates auf seine Relevanz als Konfliktmodulator hin zu untersuchen.

Welcher Zusammenhang besteht zwischen Art und Vorkommen von Rohstoffen und dem krisenhaften Mangel an Sicherheit und Stabilität in einem Staat? Können diese Rohstoffe als potentieller Bedrohungsfaktor betrachtet werden?

Zur Klärung dieser Fragen wird im Laufe der Arbeit folgende Kernthese diskutiert:

„Für Staaten, die keine effektive Territorialkontrolle sicherstellen können, bedeutet das Vorkommen von Rohstoffen einen zentralen Bedrohungsfaktor für ihre innere Sicherheit und Stabilität.“

---

[1] Es handelt sich dabei um die Konflikte zwischen dem Irak und Kuwait, zwischen Indien und Pakistan und jenem zwischen Äthiopien und Eritrea.

[2] Im letzten Jahrzehnt des XX. Jahrhundert haben weltweit insgesamt 53 Bürgerkriege stattgefunden. 19 davon allein auf dem afrikanischen Kontinent. cf. SIPRI Yearbook 2000, Armaments, Disarmament and International Security. Oxford 2000

Die Bearbeitung des gewählten Themas wird auf drei Analyseebenen erfolgen:
In einem ersten Schritt geht es zunächst um eine Auseinandersetzung mit zwei im Grunde gegensätzlichen Zuständen: **Welchen Einfluss kann auf der einen Seite Ressourcenreichtum und auf der anderen Ressourcenmangel auf die Sicherheitslage in einem Staat haben**?
Während noch zu Beginn der Neunziger Jahre Rohstoffknappheit als der größere Risikofaktor für den Ausbruch eines Konfliktes betrachtet wurde, da angenommen wurde, diese würde bei zunehmendem demographischen Wachstum zu Verteilungsproblemen führen, so gelten in neueren Publikationen dagegen vielmehr Staaten mit bedeutenden Rohstoffvorkommnissen als stärker konfliktgefährdet.
Diese beiden Ansichten werden daher kritisch analysiert und auf ihre aktuelle Relevanz hin untersucht. Zentral wird hierbei die Frage sein, unter welchen Umständen beide Zustände Konfliktpotential aufweisen können.
Es werden in diesem Zusammenhang insbesondere zwei Faktoren diskutiert, die für die Bedeutung von Ressourcenreichtum als Konfliktrisiko ausschlaggebend sein können:

- zum einen die aktuellen Bedingungen und Preise auf dem Weltmarkt;
- zum anderen die Durchsetzungskraft und Handlungsfähigkeit des betroffenen Staates.

In einem zweiten Kapital wird anschließend nach **möglichen Funktionen von natürlichen Ressourcen in Konfliktsituationen** gefragt.
Zum einen wird diskutiert, inwieweit das Vorhandensein von natürlichen Ressourcen eine wichtige Finanzierungsquelle für Auseinandersetzungen, welchen Ursprungs diese auch sein mögen, darstellt.
Zum anderen wird die These untersucht, nach der eine Auseinandersetzung um die Kontrolle über Ressourcen latente ethnische oder politische Spannungen erst zu einem bewaffneten und vor allem langanhaltenden Konflikt mutieren lässt.

In einem letzten Teil werden schließlich mögliche Lösungsansätze vorgestellt und diskutiert.
Aufbauend auf die vorangegangenen Überlegungen stellt sich nun die **Frage, ob ein gezieltes Einwirken auf die Ressourcendimension demnach dazu führen kann, die Krisen in den betroffenen Staaten zu stabilisieren.**
Dabei sollen unterschiedliche Möglichkeiten diskutiert werden:

- Erstens, der oft vorgebrachte Vorschlag, natürliche Ressourcen internationaler Kontrolle zu unterstellen;

- Zweitens, das unter anderem von Herfried Münkler[3] angesprochene Konzept, Rohstoffpreise den durchschnittlichen Förderkosten anzugleichen, um so konfliktverursachende Profitmargen auf Dauer zu verhindern;
- Und drittens, das Verhängen internationaler Embargos – ein Vorgehen, das in der Vergangenheit bereits in einigen Fällen zur Unterbindung der Finanzierung von Kriegsparteien durch Rohstoffe angewendet wurde.

Bei der Analyse wird es darum gehen zu untersuchen, inwieweit die friedensstiftenden oder zumindest stabilitätsfördernden Effekte, die jedem der drei Modelle zugeschrieben werden, auch eintreten können und wo ihre Grenzen liegen. Außerdem wird zu fragen sein, ob sich vielmehr nicht auch andere Interessen hinter diesen Vorschlägen verbergen könnten.

Anschließend versuche ich zu argumentieren, dass die kollektive Verwaltung von Ressourcenabbau und- Export durch regionale Sicherheitsbündnisse der jeweiligen schwachen Staaten eine Option darstellt, die effektiv zur Verhinderung zukünftiger (innerstaatlicher) Konflikte beitragen kann.

[3] Herfried Münkler in seinem Vortrag am 20. Oktober 2003 am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

1. Ressourcenknappheit und Ressourcenreichtum – Eine Gegenüberstellung zweier potentieller Konfliktfaktoren

1.1 Konfliktfaktor Ressourcenarmut

Mit der Relativierung ideologiebasierter Modelle für die Begründung von Konflikten wurden auf der Suche nach neuen Erklärungsansätzen neben historischen und strategisch-geographischen Hintergründen, vor allem kulturelle, ethnische und religiöse Faktoren, sowie politische, sicherheitspolitische und ökonomische Umstände vermehrt zur Sprache gebracht. Die ökonomische Frage wurde hierbei zu Beginn vor allem aus einer Perspektive der Knappheit heraus betrachtet: Mangel wurde, insbesondere im Zusammenhang mit zunehmenden demographischen Veränderungen, sowie einer Zuspitzung ökologischer Probleme, als ein für den Ausbruch von Konflikten relevanter Risikofaktor betrachtet[4].

Diese Annahme mag in Bezug auf einige Ressourcen auf den ersten Blick plausibel erscheinen. Dieser Typus, den Matthias Basedau und Andreas Mehler[5] als „Überlebensressourcen“ bezeichnen, umfasst unter anderem Wasser, (fruchtbare) Böden und Grundnahrungsmittel. Auch wenn diese Ressourcen fundamental für die Sicherung des Überlebens der Bevölkerung sind, hat sich die Zahl der Kriege, die in erster Linie wegen ihnen geführt werden, bisher allerdings in Grenzen gehalten. Der oft, vor allem für Afrika, vorhergesagte „Wasserkrieg“ hat bis heute nicht stattgefunden.

In Fällen, wo Benachteiligung in der Ressourcenverteilung hingegen zu einem Konfliktgegenstand geworden ist, ist dieser Umstand allerdings im Allgemeinen immer nur Folge eines Zusammenspiels mit anderen Konfliktfaktoren. Als Beispiel können hier die Wasserfrage im Nahostkonflikt oder der Konflikt zwischen Indien und Pakistan um das Wasser des Indus herangezogen werden.[6] Auch auf dem afrikanischen Kontinent lassen sich in dieser Beziehung Beispiele von Konflikten finden, wie der Ogaden-Aufstand in Äthiopien in den Jahren 1963 und 1964 oder die Grenzzwischenfälle zwischen Senegal und Mauretanien im Jahr 1989, in denen auch die Frage um Nutzungsrechte für Weideland thematisiert wurde.[7]

---

[4] Cf. hierzu z.B.: Norman Myers: Ultimate Security: the Environmental Basis of Political Stability. Norton/ New York 1993. Sowie: Olivia Bennett (ed.): Greenwar: Environment and Conflict. Panos/ London 1991.

[5] Matthias Basedau/ Andreas Mehler: Strategische Ressourcen in Subsahara-Afrika. Konfliktpotenziele oder Friedensgrundlage? In: Internationale Politik. N° 3. 58. Jahrgang. März 2003. pp. 42.

[6] Für einen detaillierte Auseinandersetzung zu diesen Konflikten: cf. Annette von Edig: Konflikte um Wasser-Wasserverfügbarkeit und Wassernutzung: Eine Einleitung. In: Erich Reiter (ed.): Jahrbuch für Internationale Sicherheitspolitik 2000. Mittler/ Hamburg; Berlin; Bonn, 2000. pp.141-162.

[7] Weitere Beispiele: Der Konflikt zwischen Hutu und Tutsi in Rwanda, 1993-1995, und die Auseinandersetzung zwischen Mali und Mauretanien 1999.

In all diesen Beispielen fällt auf, dass die Knappheit an Überlebensressourcen jedoch nicht als der primäre und ausschließliche Konfliktverursacher betrachtet werden kann. Vielmehr sind die meisten Verteilungskonflikte in komplexere Konfliktstrukturen eingebettet. Häufig waren schon bereits davor politische oder ethnopolitische Spannungen vorhanden, die auf der einen Seite das Bewusstsein eines Mangels meist erst erzeugt oder in der Folge zu einem Konfliktgegenstand gemacht haben. So zum Beispiel im Fall Indien-Pakistan: Aufgrund politischer, religiöser und ethnischer Spannungen konnte 1948 in der Frage der Nutzung des Induswassers durch beide Staaten vorerst keine Einigung erzielt werden. Indien nutzte seine Stellung als Oberrainer sogar soweit, indem es Pakistan durch angedrohte und teilweise auch durchgeführte Stauungen unter Druck zu setzen und zu Konzessionen in anderen Fragen zu bewegen versuchte.

Annette von Edig schreibt hierzu, dass „(...) ähnlich wie im Fall von Jordan oder Euphrat, Wasser bei schlechten politischen Beziehungen tatsächlich oder auch nur in der Perzeption der Anrainer eine strategische Waffe und somit eine Bedrohung der nationalen Sicherheit darstellen kann und nicht der alleine Auslöser für Konflikte ist.“[8]

Gegen diese Behauptung spricht allerdings der Fall von Rohstoffverarmung, der sehr wohl einen, wenn auch in einigen Fällen indirekten, Konfliktfaktor darstellen kann. Wenn es zum Beispiel aufgrund von Trockenheit zu Engpässen in der Wasserversorgung oder zum Verdorren bisher fruchtbarer Böden und Weideflächen kommt, so ist erstens der Ausbruch von Verteilungskonflikten um die verbleibenden Ressourcen wahrscheinlicher als in Situationen, wo es auch bisher am nötigen gemangelt hat. Zweitens ist unter diesen Umständen auch das Entstehen von Migrationsströmen ein häufiges Phänomen, dessen mögliche Folge eine neue ethnische Zusammensetzung, oder aber erst ein ethnopolitisches Bewusstwerden in benachbarten Regionen sein kann. Potentieller Stoff für Spannungen.

Zusammenfassend kann man daher festhalten, dass Überlebensressourcen im Allgemeinen erst durch eine Veränderung der Umstände oder der Rahmenbedingungen zu einem Konfliktfaktor werden. Nicht ihre Knappheit selber, sondern ihre Verknappung, sowie das damit verbundene Zutagetreten politischer Spannungen können sie zu Konfliktgegenständen werden lassen.

[8] Annette von Edig: a.a.O. p. 159.

1.2 Konfliktfaktor Rohstoffreichtum

Wenn also der direkte Zusammenhang zwischen dem Ausbruch eines Konfliktes und bestehendem Rohstoffmangel an sich nicht eindeutig ist, so stellt sich die Frage, wie es mit Ressourcenreichtum steht.

Dazu zunächst die präliminäre Klärung, in welchen Fällen man von Ressourcenreichtum sprechen kann. Ich will mich hier erneut auf die Untersuchung von Basedau und Mehler[9] stützen, die in ihrer Kategorisierung von natürlichen Ressourcen neben den schon erwähnten Überlebensressourcen weiters „Extern sensitive Ressourcen“, sowie „Lukrative Exportfähige Ressourcen“ definieren. Während Überlebensressourcen für die Sicherung des menschlichen Überlebens von fundamentaler Bedeutung sind, haben die beiden anderen Typen in erster Linie ökonomische Relevanz für einen Staat. Im Fall der Überlebensressourcen wird daher ein Mangel, beziehungsweise eine Verknappung als viel bedrohlicher aufgefasst, während Überfluss scheinbar wenig Konsequenzen für die Sicherheit hat. Extern sensitive und exportfähige Ressourcen spielen dagegen für einen Staat erst eine Rolle, wenn sie vorhanden sind. Wodurch hier „Reichtum“ ein sicherheitspolitisch viel relevanterer Zustand ist.

Bevor diese sicherheitspolitische Bedeutung näher untersucht und analysiert werden soll, soll die von Basedau und Mehler vorgeschlagene Differenzierung noch kurz erläutert werden.

Die Autoren verstehen unter „Extern sensitiven Ressourcen“ jene Rohstoffe, die für die Energieerzeugung und allgemein in der Industrie verwendet werden. Als Beispiele wären hier unter anderem Erdöl, Erdgas, Kohle und Uran, sowie Kupfer, Kobalt, Mangan, Coltan und Platin zu nennen. Bereits diese Beispiele zeigen, dass diese Rohstoffe in erster Linie in Regionen außerhalb Europas und den USA vorkommen, jedoch, wie ihre Bezeichnung schon verrät, gerade für die Volkswirtschaften der Industriestaaten eine zentrale Bedeutung haben.

„Lukrative Exportfähige Ressourcen“ stellen dagegen vor allem Mineralien (Diamanten, Edelsteine und Gold), sowie in gewisser Weise auch Edelhölzer dar. Im Unterschied zu den oben genannten Metallen und Energieträgern besteht ihr Wert weniger in der starken ausländischen, wirtschaftsbedingten Nachfrage, als vielmehr in der Tatsache, dass sie im Allgemeinen ohne besonderen technischen Aufwand abgebaut werden können, und zumeist in der Herstellung von Luxusgütern bereits in geringen Mengen hohe Erträge abwerfen.

Auch bei diesen Rohstoffen gilt, dass sie vermehrt in Ländern Afrikas, Asiens, Ozeaniens oder Lateinamerikas vorkommen, ihren Hauptabsatz aber in den reichen Industriestaaten finden.

[9] Matthias Basedau/ Andreas Mehler: a.a.O. p. 42

Im vergangenen Jahrzehnt war eine große Zahl von Konflikten auszumachen, in denen Mineralien, Energieträgern oder Metallen eine sehr zentrale Rolle zugekommen ist – angefangen bei dem Konflikt in Angola, über jenen in der Demokratischen Republik Kongo, bis hin zu dem auf Papua Neuguinea, um nur einige zu nennen. Es wäre allerdings voreilig und falsch, vorauszusetzen, allein die Präsenz dieser Rohstoffe wäre an sich schon ein Verursacher für Konflikte. Dagegen sprechen Beispiele wie der Diamantenreichtum in Südafrika, die Edelsteinvorkommen in Brasilien oder sogar die bis Ende der neunziger Jahre beachtliche Phosphatproduktion auf dem kleinen friedlichen Inselstaat Nauru im Südpazifik[10]. Aus diesem Grund sollen in der Folge mögliche Begleitumstände untersucht werden, in deren Zusammenspiel Ressourcen erst zu einem Destabilisierungsfaktor für einen Staat werden können.

Einflussfaktor 1: Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Angesichts der Tatsache, dass sich heute kaum noch Wirtschaftssysteme finden lassen, die als „Geschlossene Ökonomien“ betrachtet werden könnten, sind Weltmarkt und Globale Nachfrage zu fundamentalen Einflussfaktoren geworden.

Vereinfacht können in diesem Zusammenhang zwei Parameter ausgemacht werden, deren Verhältnis zueinander gewissermaßen über die Rolle einer Ressource entscheiden können. Es sind dies der Weltmarktpreis und die Förderkosten.

Dabei bieten sich drei unterschiedliche Szenarien an.

Zunächst einmal kann der Fall eintreffen, dass der Weltmarktpreis niedriger liegt als die Förderkosten. Unter dieser Bedingung bestehen zu wenig Interesse und Nachfrage nach dieser Ressource; der Abbau ist nicht lohnenswert, würde er doch gewissermaßen zu einem Verlustgeschäft führen. Eine Konfliktmöglichkeit wäre in dieser Situation im Prinzip nur dann gegeben, wenn man annimmt, dass der Staat keine anderen bedeutsamen Einnahmequellen besitzt und es durch eine Verknappung und Verarmung zu sozialen Spannungen oder Migrationsschüben kommt.[11]

Entspricht der Weltmarktpreis hingegen der Höhe der Förderkosten, so stellen Abbau und Export offensichtlich kein sonderlich lukratives Geschäft dar, wird die Nachfrage durch

[10] Die Phosphatproduktion Naurus belief sich zwischenzeitlich auf bis zu US$ 10.000 jährlich. Auf Grund eines übermäßigen Abbaus versiegten die Rohstoffvorräte Ende der Neunziger Jahre, was den Staat in schwere Probleme vor allem wirtschaftlicher, aber auch ökologischer Natur brachte.
Cf. Hierzu Angela Meyer: Sicherheitspolitische Entwicklungen im Südpazifik. Wandel und Neugestaltung in den neunziger Jahren. Wien (Diplomarbeit) 2001

[11] cf. Kapitel 1.1 in der vorliegenden Arbeit

sie doch hinreichend gedeckt. In dieser Situation ist ein eindeutiges Konfliktrisiko im Grunde nicht ersichtlicht.

Handelt es sich hingegen um eine auf dem Weltmarkt entweder sehr teuer gehandelte, beziehungsweise sehr stark nachgefragte Ressource, deren Abbau jedoch wenig technisches Know-how und geringe Investitionen für die Infrastruktur erfordert, so führt dies dazu, dass die Förderkosten unter dem Weltmarktpreis liegen. Dieses letzte Szenario soll in der Folge näher darauf hin untersucht werden, inwiefern dieser Umstand zu einem Konflikt beitragen kann.

Auch hier sind wiederum mehrere Möglichkeiten in Erwägung zu ziehen.

Eine erste bestünde dann, wenn die Kosten für die Förderungen auch unter Berücksichtigung der durch eine militärische Intervention entstehenden Ausgaben noch unter dem Preis auf dem Weltmarkt lägen. Zumindest in der Denkweise eines „Homo Oeconomicus“ würde dieser Umstand bedeuten, dass die direkte Intervention zur Beschaffung der nötigen Rohstoffe dem konventionellen Gang über den Weltmarkt im Grunde vorzuziehen wäre. Aus dem „Homo Oeconomicus“ würde gewissermaßen ein „Homo Bellicus“.

Sieht man von den beiden letzten Golfkriegen ab, so hält sich ein solch unverblümt imperialistisch-kolonialistisches Vorgehen seit der gewaltsamen Unterwerfung, Aneignung und Ausbeutung der Kolonien,[12] in der heutigen Zeit eher in Grenzen.

Selbst im Fall des letzten Kriegs der USA gegen den Irak, der nicht umsonst vereinzelt als ein „Neokolonialer Feldzug“ bezeichnet wurde, versuchte US-Präsident George W. Bush, seine wirtschaftlichen Interessen am Ölreichtum des Irak durch sicherheitspolitische Motive zu verschleiern. Auch wenn ihm dies nur teilweise gelang.

Interessant erscheint in diesem Zusammenhang aber das 1991 beschlossene und im Rahmen der Washingtoner Konferenz 1999 gefestigte Strategiekonzept der NATO. Dieses sieht vor, neben konventionellen Sicherheitsbedrohungen, sowie jenen durch Terrorismus, Sabotage, Organisiertes Verbrechen und der Proliferation von Massenvernichtungswaffen, auch „disruption of the flow of vital resources“ als Grund für den Bündnisfall in Erwägung zu ziehen[13]. Was konkret unter einer solchen Unterbrechung zu verstehen ist und ob diese auch

[12] Einen Einblick in diesen Feldzug, insbesondere um Metalle wie Kupfer, Zinn und Zink, die für die europäische Industrialisierung nötig waren, gibt zum Beispiel: Petrus Agricola: Der Wettlauf um Afrika. in: Inge Grau/ Christian Mährdel/ Walter Schicho (ed.): Afrika. Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Promedia/ Wien, 2000. pp. 117-135.

[13] NATO: The Alliance's Strategic Concept, Press Release NAC-S(99)65, Washington D.C, 24 April. 1999. (Art. 24) http://www.nato.int/docu/pr/1999/p99-065e.htm
Und: NATO: Rome Declaration on Peace and Cooperation. The Alliance’s Strategic Concept agreed by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council,. Rom, 8.November 1991 (Art. 19) http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c911108a.htm

bereits durch zu hohe Preise auf dem Weltmarkt oder eine Exportverweigerung ausgelöst werden könnte, lässt die Deklaration allerdings offen. Ebenso sei dahingestellt, inwiefern es sich hier in gewisser Weise um einen Freibrief für ein notfalls gewaltsames Vorgehen bei der Sicherung der Versorgung mit strategischen Ressourcen handelt.

Neben der Option eines direkten Eingreifens zur Beschaffung von Rohstoffe stellt sich aber auch die Möglichkeit indirekter Interventionen, die besonders in Fällen innerer Konflikte zum Tragen kommen kann.

Zum einen, indem nicht der Staat selbst direkt als Kriegsakteur auftritt, sondern sich finanziell oder materiell an den Kriegsereignissen beteiligt – zum Beispiel indem er andere Kriegsparteien unterstützt oder private Akteure einsetzt.

Zum anderen müssen es nicht unbedingt Staaten sein, die direkt an der günstigen Beschaffung von Rohstoffen für ihre Wirtschaften interessiert sind, sondern Wirtschaftsunternehmen selber, denen die Regierungen nur die nötige Rückendeckung geben.

Obwohl diese beiden Erwägungen kaum durch verlässliche Quellen zu belegen sind, so erscheinen sie bei einer genauen Analyse einiger Konflikte dennoch nicht ganz abwegig. Angesichts der zunehmenden Interventionseinsätze einiger Privater Militärfirmen zum Beispiel mag sich gewissermaßen sehr wohl der Verdacht aufdrängen, dass an die Stelle der mehr oder weniger direkten Eingriffe des Kalten Krieges nun indirekte Vorgangsweisen getreten sind. So etwa im Fall des Bürgerkrieges in Papua Neuguinea, der sich rund um die Kontrolle der Kupfermine von Bougainville drehte. Schenkt man der offiziellen Version Glauben, dann heuerte die Regierung Papua Neuguineas unter Premier Minister Julius Chan 1997 die PMC Sandline International an, um die Aufstände in Bougainville zu beenden und die Mine wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Ein Auftrag, der sie rund 36 Millionen US-Dollar gekostet haben soll[14]. Die Hintergrundinformationen können aber auch in eine andere Richtung deuten. Seit der Zeit der australischen Verwaltung Papua Neuguineas durch Australien (1945 bis 1975) besitzt die Firma Rio Tinto Zinc, mit Sitz in London, die Konzessionen zur Rohstoffförderung in Bougainville. Sie erhielt 80% der Einnahmen aus der Kupfer-, sowie Gold- und Silberproduktion, die in den achtziger Jahren einen Wert von bis zu 500 Millionen US-Dollar erreichte; die Regierung in Port Moresby bekam die restlichen 20%. Das Londoner Unternehmen wäre demnach der größte Leidtragende eines sezessionsbedingten Verlustes der Mine gewesen. Sandline International ist zudem eine

[14] Michael T. Klare: Resource Wars. The New Landscape of Global Conflict. Henry Holt &co./ New York 2001. pp. 197

britische Private Militärfirma, die laut ihrer Homepage im Internet angibt, nur in Einklang mit westlichen Interessen, und somit auch mit denen Großbritanniens, zu handeln.[15]

Eine ähnliche Form der Einmischung könnte auch im Fall des Machtkampfes zwischen Denis Sassou-Nguesso und Pascal Lissouba in Kongo-Brazzaville in Erwägung gezogen werden. Dieser Konflikt könnte gewissermaßen die Rivalität zwischen amerikanischen und französischen Ölunternehmen in der Region widerspiegeln.[16]

Es ließe sich sogar weiterfragen, inwiefern instabile Zustände in einem rohstoffreichen Staat für ein Wirtschaftsunternehmen nicht sogar auch vorteilhafte Nebeneffekte haben können. Befindet sich ein Staat in einem internen Kriegszustand, dann entsteht zum einen die Wahrscheinlichkeit, dass Rohstoffquellen zu einer zusätzlichen Finanzierungsmöglichkeit, sowohl für den Staat als auch für die Oppositionsgruppen werden, was auch den Verkauf von Konzessionen einschließt. Oft auch nach Abwägung der durch den Konflikt zusätzlich anfallenden Ausgaben für Sicherheit ein für interessierte Wirtschaftsunternehmen durchaus attraktives Geschäft. Zum anderen kann der Verkauf von Schürf- und Abbaurechten, selbst zu ungünstigen Konditionen, für einen Staat besonders dann zu einer Option werden, wenn die betroffenen Ressourcen sich in Regionen befinden, die schon – oder höchstwahrscheinlich bald – von Rebellen kontrolliert werden. Auf diese Weise entsteht für ihn eine Möglichkeit, erstens zu verhindern, dass seine Gegner über diese zusätzlichen Einnahmenquellen verfügen können; und zweitens, so ein gewisses Maß an Stabilität und Sicherheit dank des Einsatzes privater Sicherheitskräfte durch das Unternehmen in dieser Region wiederhergestellt zu sehen.[17]

Insbesondere angesichts der in den letzten Jahren weiter zunehmenden globalen Nachfrage nach Rohstoffen, erscheint der Zusammenhang von den Bedingungen auf dem Weltmarkt und Ausbruch, beziehungsweise Andauern von Konflikten in bodenschatzreichen Regionen durchaus nicht aus der Luft gegriffen. Dennoch beruht die Annahme dieser Korrelation weitgehendst auf Spekulationen. Beweise und eindeutige Hinweise sind in dieser Hinsicht kaum zu bekommen.

---

[15] So hält die Firma Sandline auf ihrer Homepage ausdrücklich fest, dass „the company will only undertake projects which are (…) broadly in accord with the policies of key western governments." http://www.sandline.com/site/index.html

[16] Der Ausgang des Konfliktes zu Gunsten von Sassou-Nguessos könnte demnach auf die Unterstützung durch Elf Aquitaine zurückzuführen sein. C.f. John F. Clark: Resource Revenue and Political Development in Sub-Saharan Africa.Congo Republic in Comparative Perspective.In: Africa Spectrum, Jg. 37, Nr. 1/ 2000. pp. 25-41. sowie
Douglas A. Yates: Die Elf-Skandale. Eine Fallstudie von Elementen französischer Außenpolitik unter dem Ancien Régime. In: Rolf Hofmeier/ Cord Jakobeit (ed.): Afrika-Jahrbuch 1999, Vs Verlag für Sozialwissenschaften/ Hamburg 2000, pp. 73-84

[17] Cf. Gregor Giersch: Private Militärfirmen: Erweiterung oder Beeinträchtigung staatlicher Ordnungsmacht? Wien (Diplomarbeit) 2003. Kapitel 2.1.

Einflussfaktor 2: Die Schwäche des Staates

Kann das Verhältnis zwischen Weltmarktpreis und Förderkosten einer Ressource in der Tat als Risikofaktor für die Stabilität eines Staates betrachtet werden, so ist dies allerdings in erster Linie auf die Begleitumstände zurückzuführen.

Ein Faktor, der in diesem Sinn Einfluss auf das Konfliktpotential von Rohstoffreichtum hat, ist die Stabilität, beziehungsweise die Schwäche des betroffenen Staates.

Dabei geht es um die Frage, in welchem Ausmaß ein Staat in der Lage ist, um die natürlichen Ressourcen auf seinem Territorium effektiv zu kontrollieren. Die Anzahl der Staaten, in denen eine effektive Ressourcenkontrolle nicht gegeben ist, hat auch nach dem Ende des Kalten Krieges weiter zugenommen. Aufgrund schwacher und instabiler Strukturen und Institutionen, hoher Korruption und eines ineffektiven Verwaltungs- und Exekutivapparates ist die Handlungs- und Funktionsfähigkeit der jeweiligen Regierungen stark eingeschränkt.

Diese Schwäche kann einem rohstoffreichen Staat insbesondere dann zum Verhängnis werden, wenn zudem zentrifugale Kräfte vorhanden sind, die ihm die ohnehin unzulängliche Kontrolle über das Staatsterritorium streitig zu machen versuchen, und außerdem sein Gewaltmonopol deutlich in Frage stellen.

Zwei Beispiele unterstreichen diese Überlegung:

Erstens befand sich der bereits erwähnte Inselstaat Nauru im Südpazifik während der gesamten Zeit seines Phosphatreichtums in einem stabilen und friedlichen Zustand, und das, obwohl er nicht gerade nennenswert effektive und durchsetzungskräftige staatliche Strukturen und Organe[18] vorzuweisen hat. Vielmehr ist es auf dem gerade einmal 21km^2 großen Atoll unter seinen 13.000 Einwohnern bisher zu keinen nennenswerten sozio-politischen oder ethnopolitischen Spannungen, geschweige denn Konflikten, die den Streit um die Phosphatquelle miteingeschlossen hätten, gekommen.

Anders sah dagegen zweitens die Lage in dem ebenfalls oben analysierten Fall Papua Neuguineas aus.[19] In der Region Bougainville ist es 1988 vor allem deshalb zu Sezessionsbestrebungen gekommen, weil die lokale Bevölkerung nicht an den Gewinnen der Kupfermine beteiligt worden war und dies fortan beanspruchte. Die papuaneuguineische Regierung erwies sich in der Folge als nicht stark genug, diese Bewegung zu unterdrücken. Die unterbezahlte und schlecht ausgerüstete Armee, bestehend aus knapp 4000 Mann, der überproportionale öffentliche Sektor mit massiven Korruptionsproblemen, sowie

[18] Wie alle anderen Unabhängigen Inselstaaten des Südpazifik, mit Ausnahme von Papua Neuguinea, Fidschi und Vanuatu, besitzt Nauru nicht einmal ein eigenes Militär. C.f. hierzu: Angela Meyer, a.a.O.

[19] C.f. hierzu: Michael T. Klare, a.a.O., sowie Angela Meyer, a.a.O.

Legitimationsprobleme der Regierung auf nationaler Ebene haben diese Handlungsunfähigkeit noch stärker hervorgehoben. Zeitweise versuchte Port Moresby sogar, auf die Unterstützung Privater Militärfirmen zurückzugreifen. Inwieweit die tatsächliche Umsetzung dieser Entscheidung die staatliche Schwäche noch weiter gefördert hätte, bleibt an dieser Stelle offen[20]. Trotz zahlreicher Friedensversuche konnte die Frage um die Kontrolle der Mine bis heute nicht für beide Seiten zufriedenstellend gelöst werden.

Die Frage besteht also darin, ob es erstens Spannungen innerhalb des Staates gibt, die die Fähigkeit der zentralen Kontrolle über die Rohstoffe in Frage stellen, und weiter, ob und inwieweit der Staat in der Lage ist, diese zentrifugalen Kräfte dennoch ausreichend zu integrieren und zu moderieren.

Und auch an diesem Punkt kommen wieder zum einen die Bedeutung des Auslands, zum anderen, und eng damit verbunden, die Kostenfrage ins Spiel. In der Tat lassen sich einige innere, um die Kontrolle wichtiger Abbaugebiete zentrierte, Konflikte nennen, in denen sich nach der Relevanz ausländischer Interventionen für ihr Entstehen und ihre Brisanz fragen ließe. Ein markantes Beispiel ist hier sicher der Krieg in der Demokratischen Republik Kongo.

Dass es hier zum Konflikt kam, ist unter anderem damit in Verbindung zu bringen, dass bereits latente ethnische Spannungen in den östlichen Regionen durch das Einwirken der Nachbarstaaten erst ein Konfliktpotential bekamen, das schließlich gewissermaßen den Staatszerfall heraufbeschwor. Massive Flüchtlingsströme aus Rwanda, sowie die großteils indirekten, finanziellen und materiellen Unterstützungen von Rebellen durch die Regierungen Rwandas, Ugandas und Burundis haben mit dazu beigetragen, dass der ohnehin schon schwache und destabilisierte Staat seine Ordnungs- und Kontrollmacht vollkommen verloren hat.

Kommt man an dieser Stelle erneut auf die Kosten-Nutzen- Abwägung zurück, so ist laut dem 2001 von den Vereinten Nationen erstellten Bericht die Rechnung zumindest für die ausländischen beteiligten Staaten, in erster Linie Rwanda und Uganda, aber auch für die offiziell auf kongolesischer Seite kämpfenden angolanischen, zimbabwischen und namibischen Truppen aufgegangen. So stiegen die Einnahmen Rwandas aus seinem Goldexport zwischen 1997 und dem Jahr 2000 von 720 425 US $ auf 1,788 036 US$ an. In

[20] Für eine ausführliche Diskussion der Auswirkungen Privater Militärfirma auf die Stabilität in Schwachen Staaten, c.f. Gregor Giersch: a.a.O. Kapitel 2.2

ungefähr dem selben Zeitraum steigerte Uganda seine Einkünfte aus dem Handel mit Niobium, einem Metall, das es davor gar nicht produzierte, auf 782 000 US$ jährlich.[21]

Bezüglich der anfangs aufgestellten These zur Bedeutung von Rohstoffen als potentieller Konfliktfaktor lässt sich also folgendes festhalten: Während Rohstoffmangel im Prinzip nur dann zu einem Konfliktgegenstand wird, wenn entweder bereits Spannungen anderer Art, zum Beispiel politischer oder ethnischer, vorhanden sind, oder aber wenn es sich weniger um einen chronischen Mangelzustand als vielmehr um eine plötzliche Verknappung handelt, kann auch Ressourcenreichtum nicht von vornherein als Ursache für Konflikte betrachtet werden. Es ließe sich aus dem bisherigen Raisonnement vielmehr eine Kette von Bedingungen und Umständen erstellen, die, kumuliert, in gewisser Weise den Rahmen, unter dem Rohstoffe umso mehr zu einem Risikofaktor werden können, bilden kann.

1. Einen ersten Einflussfaktor kann die Lage auf dem Weltmarkt darstellen. Handelt es sich um eine teuer gehandelte, beziehungsweise stark nachgefragte Ressource, deren Abbau allerdings mit wenig Kosten verbunden ist, und liegt demnach der Weltmarktpreis über den Förderkosten, so ist die Wahrscheinlichkeit einer Auseinandersetzung um diesen Rohstoff, rational gesehen, umso größer.
2. An dieser Stelle muss zweitens die Frage gestellt werden, ob es sich bei dem betroffenen Staat um einen stabilen und handlungsfähigen Staat handelt, der auch in der Lage ist, seine natürlichen Einkommensquellen ausreichend zu verteidigen. Oder, ob dieser Staat zu schwach und instabil ist, um seine Bodenschätze vollkommen unter seiner Kontrolle zu haben.
3. Ist letzteres der Fall, besteht ein zusätzlicher Risikofaktor dann, wenn zentrifugale Kräfte vorhanden sind oder entstehen, die der Staat nicht ausreichend integrieren oder moderieren kann, und die ihm in der Folge, teilweise auch mit ausländischer Unterstützung, die Kontrolle der Rohstoffe streitig zu machen versuchen.

Der Rohstoffreichtum eines Staates stellt demnach eine notwendige, nicht aber hinreichende Ursache für den Ausbruch von Konflikten dar.

[21] United Nations: Report of the Panel of Experts on the Illegal Exploitation of Natural Resources and Other Forms of Wealth of the Democratic Republic of the Congo, Document S/2000/357. New York, 2001, http://www.un.org/Docs/sc/letters/2001/357e.pdf

Auf dieser Feststellung aufbauend, soll es im folgenden Kapitel darum gehen zu untersuchen, aus welchem Grund Rohstoffe für Ausbruch und Andauer von Konflikten bedeutend sein, und genauer, welche Funktionen sie in diesen erfüllen können. Hierbei soll auf die Relevanz von natürlichen Ressourcen zum einen als wichtige Finanzierungsquelle für die Kriegsparteien, und zum anderen als zusätzlicher Konfliktgegenstand, eingegangen werden.

2. Ressourcenreichtum und ihre Bedeutung in Konflikten

2.1 Die Rolle von Rohstoffen bei der Konfliktfinanzierung

Trotz der im Laufe der vergangenen zehn Jahre zunehmend fallenden Preise von Waffen und sonstigem Kriegsmaterial, sowie dem vermehrten Einsatz von Kindern als Soldaten, sind Kriege auch weiterhin kostspielig. Zimbabwe beispielsweise schätzte die Kosten seiner aus 11.000 Mann bestehenden Einsatztruppe im Kongo auf ungefähr 27 Millionen US-Dollar im Monat.[22]

Während in der Zeit des Kalten Krieges eine große Zahl an Konflikten, unter dem Deckmantel ideologischer Feind- und Freundschaften, ihre Alimentierung teilweise durch die finanzielle und materielle Außenunterstützung decken konnten, sehen sich seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation sowohl Staaten als auch Rebellen- oder Guerillaorganisationen dieser Finanzquelle weitgehend entledigt. So ihr Verwaltungs- und Exekutivapparat ausreichend funktionsfähig ist, bildet selbstverständlich die Finanzierung über staatliche Budgets die konventionelle Methode zur Deckung der Kosten staatlicher militärischer Aktivitäten.

Der plötzliche Wegfall der Unterstützung durch die Supermächte hat insbesondere für Rebellenorganisationen große Probleme mit sich gebracht. Neben dem Ende des Kalten Krieges hat auch das Abdanken des Apartheidregimes beispielsweise der mocambiquanischen RENAMO ihre südafrikanische Hilfe weitgehendst entzogen. Dies trug 1992 dazu bei, dass sich die völlig verarmte Regierung und die Opposition, der keine nachhaltigen alternativen Finanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung standen, verhältnismäßig schnell auf einen Vertragsfrieden einigten. [23] Gleiches gilt auch für die UNITA in Angola.

---

[22] Wolf-Christian Paes: Patrioten, Politunternehmer, Profiteure. Zur politischen Ökonomie von Bürgerkriegen. W&F 3/2001
http://www.iwif.de/wf301-21.htm (Download vom 26-11-2001). p. 2

[23] Die RENAMO hatte zwischendurch versucht, die finanziellen Einbußen durch eine, großteils auf Plünderung und Raubzüge basierende Kriegsökonomie zu ersetzen. Siehe dazu auch:
http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege_archiv.htm
und auf dieser Seite vor allem:

Welche Möglichkeiten bieten sich nun aber den Kriegsparteien, um militärische und sonstige mit den Kampfhandlungen verbundenen Kosten zu tragen?
Zum Teil in Anlehnung an Mary Kaldor[24] wird hier auf die folgenden Finanzierungsquellen eingegangen. Dabei wird ein besonderer Schwerpunkt auf ein mögliches Zusammenspiel mit den Ressourcenverhältnissen in dem jeweiligen Land gelegt.
Erstens, Finanzierungsmöglichkeiten, die als „extern" bezeichnet werden können: nämlich der Verkauf von Wirtschaftsgütern, in erster Linie Bodenschätze, oder aber Geldflüsse und andere materielle Hilfen aus dem Ausland. Hier spielen zum einen weiterhin Regierungen, zum anderen Diasporas eine mehr oder weniger klar zu erkennende Rolle.
Zweitens, gibt es die Möglichkeit der vornehmlich materiellen Versorgung durch das gezielte Abzweigen humanitärer Hilfslieferungen oder Plünderungen.
Drittens, die direkt monetäre Versorgung in Form von Steuer- oder Schutzgeldeintreibungen, sowie von Geiselnahmen.

Sowohl für einen Staat, der noch genug Kontrolle über die Abbaugebiete und die Wirtschaft besitzt, als auch für oppositionelle Kriegsparteien, kann dem Verkauf von Metallen, Mineralien oder Edelsteinen – sei es auf legalem oder illegalem Weg – in Krisensituationen eine doppelte Bedeutung zukommen: Zum einen, um die zusätzlich anfallenden Kosten zu decken; zum anderen, um der Gegenseite diese Finanzierungsquelle zu entziehen. Auch in dieser Hinsicht kann der Kongo als Beispiel herangezogen werden. Der 2001 veröffentlichte Bericht der UN- Expertengruppe über die illegale Ausbeutung von Ressourcen im Kongo macht auf anschauliche Weise deutlich, welch ein Netzwerk sich für die Verkommerzialisierung von Bodenschätzen zur Finanzierung der Kriegsparteien mit der Zeit etabliert hatte: der Transport erfolgte durch die belgische Sabena Cargo, die Banker saßen in Dar es Salaam, wo auch der Hauptumschlagplatz war, die Händler für Gold, Diamanten, Holz und Coltan befanden sich schließlich in der ganzen Welt, von Sri Lanka über Israel, Griechenland, Deutschland und Belgien, bis in die USA. Und keiner dieser Akteure hatte scheinbar Skrupel, seinen Teil an der Finanzierung der Kriegsaktivitäten beizutragen.[25]

http://www.sozialwiss.unihamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege/119_mosambik.htm

[24] Mary Kaldor hat eine ausführliche Kategorisierung verschiedener Finanzierungsquellen nach dem Ende des Kalten Krieges erstellt, cf. Mary Kaldor: New and Old Wars: Organized Violence in a Global Era. Cambridge 1999. pp. 101-107

[25] United Nations, Report of the Panel of Experts on the Illegal Exploitation of Natural Resources and Other Forms of Wealth of the Democratic Republic of the Congo, Document S/2000/357 (New York, 2001), http://www.un.org/Docs/sc/letters/2001/357e.pdf

Neben natürlichen Ressourcen können allerdings noch weitere potentielle externe Finanzierungsquellen von Konfliktparteien in Erwägung gezogen werden.

Eine Möglichkeit wurde bereits weiter oben angesprochen: Angesichts einiger besonders enger bilateraler Kontakte und dem erhöhten Interesse einiger Staaten an bestimmten Konflikten, sowie der bereits erwähnten Zunahme der Einsätze Privater Militärfirmen, mag sich in der Tat die Frage aufdrängen, ob nicht das direkte Einwirken der Kalten Kriegszeit durch ein mehr indirektes abgelöst worden wurde. Indirekt deshalb, weil sich diese Art der ausländischen Involvierung, sei sie nun in Form finanzieller oder materieller Zuwendung oder der Entsendung von Truppen, immer weniger leicht zurückverfolgen lässt.

Eine dagegen direktere und offenere Variante möglicher ausländischer Unterstützung kann hingegen, besonders in ethnopolitischen Konflikten, durch das Vorhandensein einer Diaspora gewährleistet werden. Gerade lokale Minderheiten, die schon lange von der Zentralmacht unterdrückt werden, verfügen in eigenen Fällen über relativ große Gemeinden im Ausland, die sich in vielen Fällen finanziell oder materiell an den Sezessionsbestrebungen beteiligen. Die Durchführbarkeit von Kriegen wie jenem der Kroaten für ihre Unabhängigkeit oder dem der Armenier für eine Abspaltung des Gebietes Nagornyj-Karabach von Aserbaidschan war finanziell unter anderem nur dadurch gegeben, dass genügend Geldströme von Landsleuten in Nordamerika und Westeuropa geflossen sind.[26] Ebenso könnte man die Frage aufwerfen, ob Konflikte, wie jener in Nordirland oder in Sri Lanka auch dann noch andauern würden, wenn es die jeweils bedeutenden Diaporas der irischen Katholiken und der Tamilen in den USA nicht gäbe, beziehungsweise diese weniger involviert wären.

Eine andere Möglichkeit, um an die nötigen Mittel zur Austragung eines Konfliktes zu gelangen, stellt weiters der Missbrauch humanitärer Hilfe dar[27]. Dieser Missbrauch kann beispielsweise in Form einer Unterschlagung, Abzweigung und Beschlagnahmung von Geldern, Gütern oder Fahrzeugen, ebenso durch staatliche Institutionen wie durch Rebellenorganisationen vor sich gehen. In diesem Sinn können Hilfslieferungen und Nahrungsmitteltransporte, die eigentlich für die Zivilbevölkerung bestimmt waren, zu wichtigen Versorgungsquellen der Kriegsparteien werden. Durch diese Konfiszierung wird

[26] Peter Lock: Ökonomien des Krieges. Ein lange vernachlässigtes Forschungsfeld von großer Bedeutung für die politische Praxis. In: Joachim Betz/ Stefan Brüne (ed.): Neues Jahrbuch Dritte Welt – Entwicklungsfinanzierung Leske + Budrich/ Opladen 2001. pp. 173 – 186, sowie zu finden unter: http://www.peter-lock.de/txt/Kriegs%9Akonomien2.html

[27] Für eine detaillierte Bearbeitung dieses Themas siehe auch Herfried Münkler: Die Neuen Kriege. Reinbek/ Hamburg 2002. pp. 154.

zudem die feindliche Partei am Zugriff auf diese Zuwendungen gehindert. Eine weitere Möglichkeit bietet sich schließlich noch durch die Tatsache, dass diese Transporte verständlicherweise eines besonders hohen Grades an Schutz bedürfen. Schutz, den ihnen insbesondere Rebellenbanden, Milizen und Warlords gegen die Zahlung von Gebühren bereit sind, anzubieten, um sich so ihre Kriegskassen und ihre Versorgungslage zusätzlich noch aufzubessern. Die insbesondere von Münkler geschilderte Lage in Somalia stellt in dieser Hinsicht nur eines von vielen Beispielen dar.[28]

Eng mit dieser Option verbunden, ist die Alimentierung von Kriegsparteien durch Raub und Plünderung in Betracht zu ziehen. Eine Vorgangsweise, die nicht nur während des Dreißigjährigen und des Hundertjährigen Krieges eine weitverbreitete Praxis war.
Besonders in den Guerillakämpfen in Lateinamerika und dem Großteil der Bürgerkriege in Schwarzafrika, aber auch in den Jugoslawienkriegen gehörten, beziehungsweise gehört der Überfall von Dörfern, Stadtvierteln, Fabriken oder Banken, und der Raub der dort vorgefundenen Güter zu verbreiteten Finanzierungsmethoden. Ebenso wie schon oben im Fall der Veruntreuung von Hilfslieferungen angesprochen, besteht auch in diesem Fall die Möglichkeit, zwei Anliegen miteinander zu verbinden. Zum einen, dient diese Form des Überfalls und des Ausräuberns natürlich in erster Linie der Alimentierung der eigenen Truppe. Dies sowohl direkt, durch den eigenen Verbrauch, als auch indirekt, durch den Handel mit den zusammengetragenen Gegenständen. Zum anderen, kann im selben Zug die Schwächung, und selbst die Dezimierung der Gegenseite vorangetrieben werden. Dies ist insbesondere in ethnisch motivierten Konflikten häufig der Fall. Georg Elwert berichtet in diesem Zusammenhang sogar, dass in Serbien und Kroatien regelrechte Plünderfahrten veranstaltet worden seien. Sogenannten „Wochenendsoldaten“ wurde hierbei angeboten, gegen die Zahlung einer Gebühr für Waffen und Bustransport an gut organisierten Raubzügen teilzunehmen, und „Sonntagsabend reich beladen wieder zurückzukehren.“[29] Im Vergleich zum Dreißigjährigen Krieg hat scheinbar auch das Plündern an Professionalität dazu gewonnen.

Neben dem Erpressen von Schutzgeldern, zeichnen sich gerade „Geschlossene Kriegsökonomien“, also solche, die unabhängig von äußeren Einflüssen bestehen, dadurch aus, dass Rebellengruppen von den Teilen der Bevölkerung, die mit ihren Zielen sympathisieren, finanzielle oder materielle Unterstützungen abverlangen. Jean-Christophe

[28] Herfried Münkler: a.a.O. pp. 155
[29] Georg Elwert: Wie ethnisch sind Bürgerkriege? Der Irrglaube, dass Bürgerkriege kulturelle Wurzeln haben. In: E+Z – Entwicklung und Zusammenarbeit, Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung, N ° 10, 10/1998, pp. 265-267. siehe auch: http://www.dse.de/zeitschr/ez1098-5.htm

Rufin hält in diesem Zusammenhang allerdings fest, dass diese Form der Versorgung in der Vergangenheit, abgesehen von Maos Volkskrieg und der kubanischen Revolution, immer gescheitert ist. Vor allem aufgrund der herben Ablehnung, auf die sie bei der Bevölkerung gestoßen ist, fehlte es der isolierten Kriegswirtschaft meist an der notwendigen „Symbiose mit der Zivilbevölkerung“.[30]

Eine letzte Option, die an dieser Stelle noch angesprochen werden soll, stellt schließlich die Finanzierung durch Lösegelderpressungen dar. Insbesondere Ausländer, zum Beispiel Angestellte großer Wirtschaftsunternehmen, sind vermehrt in den Staaten Lateinamerikas in den vergangenen Jahren zu einem häufigen Ziel von Geiselnahmen geworden. Für Guerillabewegungen bietet sich diese Form der Geldbeschaffung besonders deshalb an, da sie meist über eine besonders gute Ortskenntnis in Urwäldern oder Bergregionen verfügen, und ihre Opfer daher leicht über Monate hinweg verstecken können. Die Zunahme der Fälle von Entführungen hat für die meisten Multinationalen Firmen den Abschluss von Versicherungen für ihre in Krisengebiete entsendeten Mitarbeiter schon zu einem routinemäßigen Vorgang werden lassen. Dementsprechend hat sich mittlerweile auch schon ein eigener Industriezweig für die Vermittlung und Übergabe von Lösegeldzahlungen entwickelt.[31]

Nach der Betrachtung dieser „Finanzierungsmodelle“ erscheint es an dieser Stelle interessant zu fragen, inwiefern diese nicht wieder mit der Verfügbarkeit von Ressourcen in Verbindung stehen.

Zumindest in einigen Fällen scheint ein solcher Zusammenhang zu bestehen. Kidnapping kann in der Tat nur dann eine Option zur Beschaffung der nötigen Mittel sein, wenn die Wahrscheinlichkeit gegeben ist, dass der auf das Opfer ausgesetzten Forderung auch nachgegangen wird; der Erpresste über die erzwungenen Mittel also auch verfügt. Wie bereits erwähnt, stellen gerade deshalb Mitarbeiter international agierender Unternehmen ein häufiges Ziel solcher Entführungen dar. Instabile Staaten und Regionen sind allerdings nur dann ein Anziehungspunkt für ausländische Firmen, wenn sie über lukrative Primärgüter verfügen: In der Regel Rohstoffe, wie Energieträger, Mineralien oder Metalle.

---

[30] Jean-Christophe Rufin: Kriegswirtschaft in internen Konflikten. In: Francois Jean / Jean-Christophe Rufin (ed.): Ökonomie der Bürgerkriege. Hamburger Edition/ Hamburg, pp. 15-46

[31] Als große Unternehmen dieser Branche wären Control Risk Group (CRG) oder Kroll International zu nennen. Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass auch einige Private Militärfirmen in diesem Bereich ihre Dienste anbieten. C.f. hierzu vor allem die umfassende Auflistung der bekanntesten Privaten Militärfirmen unter: www.fortliberty.org/employment.shtml

Im Fall der Finanzierung der Kriegsparteien durch Hilfslieferungen ist der Zusammenhang mit dem Vorkommen von Ressourcen weniger offensichtlich, unter Umständen aber dennoch gegeben. Es könnte zumindest die Frage aufgeworfen werden, inwiefern überhaupt schon einmal die Entscheidung zur Entsendung von Hilfsmitteln an wirtschaftliche Interessen im Krisenstaat gebunden ist. Hierbei kann es entweder direkt um den gesicherten Abbau von vorort befindlichen Rohstoffen gehen, oder aber um die geostrategische Bedeutung, die dem betroffenen Staat zukommt. Oder kann man sogar soweit gehen, wie Herfried Münkler in Erwägung zu ziehen, dass „humanitäre Hilfe generell zu einer Prämie (wird), die auf die Weiterführung des Krieges ausgezahlt wird; die Krieg führenden Parteien (...) damit nicht für den Abschluss und die Einhaltung von Friedensabkommen gewonnen werden (können)“?[32]

In einem weiteren Sinn kann ebenfalls bei der Mittelbeschaffung durch Plünderungen eine Linie zu der Rohstofffrage gezogen werden. Auch wenn es sich in diesem Fall eher um die zu Beginn der Arbeit angesprochenen Überlebensressourcen handelt. Spielt der Kontakt zum Ausland wie gesagt keine Rolle, kommt der Beschaffung direkt verwertbarer Güter für das Bestehen der Truppe mehr Bedeutung zu als dem Raubabbau und der Vermarktung von im Ausland nachgefragten Rohstoffen. Der direkte Zugang zu Trinkwasser, Getreide und Weidevieh garantiert das Überleben einer Rebellengruppe auf absehbare Zeit und trägt gleichzeitig dazu bei, den Verbleib der Männer bei der Truppe zu sichern.

Allein bei der Finanzierung von Konfliktparteien durch ihre Diaspora lässt sich keine direkt erkennbare Verbindung zu der Bedeutung von Ressourcen ausmachen. In der Tat ist in diesem Zusammenhang interessant, dass eine starke Unterstützung durch die Angehörigen im Ausland auch besonders in vielen Konflikten zu erkennen ist, deren involvierte Staaten nicht über große Rohstoffvorkommnisse verfügen. So zum Beispiel in den Konflikten in Sri Lanka, Kroatien, Irland oder auch Israel. In diesen Fällen können für die starke ausländische finanzielle Beteiligung auch weniger strategisch-ökonomische Begründungsmodelle in Erwägung gezogen werden. Vielmehr liegt hier nahe, dass es sich vordergründig um ausschließlich ethnopolitische Anliegen handeln mag, die durch ein eventuelles Vorkommen von Rohstoffen wohl nur eine zusätzliche Zuspitzung erfahren würden.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass Rohstoffe nicht die ausschließliche Finanzierungsgrundlage für Konflikte darstellen. Allerdings können sie auf vielfältige Weise

[32] Herfried Münkler, a.a.O. p. 155

eine fundamentale Basis konstituieren, die die Relevanz und das Zustandekommen anderer Geld- und Mittelquellen erst ermöglicht.

2.2 Rohstoffe als zusätzlicher Konfliktgegenstand

Neben dieser finanziellen Bedeutung kann weiters danach gefragt werden, ob natürliche Ressourcen nicht gegebenenfalls auch einen Gegenstand darstellen können, aufgrund dessen, erstens politische oder ethnische Auseinandersetzung erst ausbrechen, und zweitens Konflikte an Dauer und Komplexität gewinnen.

2.2.1. Die Bedeutung von Rohstoffen für den Ausbruch bewaffneter Konflikte

Insbesondere wäre zu klären, inwieweit der Umstand, dass ein Staat über Rohstoffe verfügt oder neue Quellen erschließt, Faktoren, wie ethnische Heterogenität oder latente politische Spannungen nicht erst zu Konfliktverursachern werden lässt. In dem bereits weiter oben analysierten Fall des Sezessionskrieges in Bougainville scheint diese Überlegung plausibel. Obwohl ein Großteil der melanesischen Inselstaaten im südlichen Pazifik eine starke ethnische Heterogenität aufweist, ist es bisher nur auf Papua Neuguinea zum Ausbruch eines anhaltenden bewaffneten Konfliktes gekommen. Auf der Suche nach einer Begründung für diesen Umstand kann eine genauere zeitliche Analyse hier Aufschluss geben. 1975 wurde Papua Neuguinea unabhängig, und erhielt im gleichen Schritt die Souveränität über die Insel Bougainville. Trotz latenter Spannungen im Vorfeld, brach der Unabhängigkeitskampf dieser Region erst im Jahr 1988 aus. Mittlerweile hatte Mitte der achtziger Jahre die Produktion der lokalen Kupfermine mit jährlich umgerechnet 500 Millionen US-Dollar ihren Höhepunkt erreicht. Der anfängliche Widerstand gegen die Fremdverwaltung durch Port Moresby wurde zunehmend durch die Forderung nach Gewinnbeteiligung ergänzt, wenn nicht sogar substituiert. Dies führte schließlich zum Beginn eines jahrelangen Bürgerkrieges.

Im Fall Papua Neuguineas wird deutlich, wie sich latente ethnisch basierte Spannungen aufgrund zunehmender Rohstoffförderung zu Verteilungskonflikten entwickeln können. Das lokale Identitätsbewusstsein war hierbei nur die Grundlage, auf der sich der Konflikt entwickeln konnte. Es ist zudem umgekehrt denkbar, dass ein solches Identitätsbewusstsein erst durch die Frage, wer wie viel vom “Kuchen“ kriegt, in Erscheinung tritt. Erst das Gefühl oder sogar die belegte Gewissheit, im Vergleich zu anderen Provinzen oder Gemeinden bei der Verteilung von Ressourcen und Gewinnen benachteiligt zu werden, mag in einigen Regionen ein davor nicht ausgeprägtes Solidaritätsgefühl auslösen.

Taylor B. Seybolt geht sogar so weit, kommunale Identität als einen Mechanismus beziehungsweise ein Werkzeug zu betrachten, das Eliten benutzen, um eine Gruppe erst zu definieren und zu motivieren. Für einen potentiellen Kriegsgrund an sich hält er ethnische oder religiöse Zugehörigkeitsgefühle allerdings nicht.[33]

2.2.2 Die Bedeutung von Rohstoffen für Verlauf und Dauer von Konflikten

Kriege können nur solange geführt werden, wie die finanzielle Abdeckung ihrer Kosten gegeben ist. Der Abbau und die Vermarktung von natürlichen Rohstoffen stellt im Unterschied zu anderen Einnahmenquellen wie zum Beispiel dem Plündern von Städten und Dörfern oder dem Überfall von Hilfskonvois eine vergleichsweise sichere Finanzierung dar. Damit die Kriegsfinanzierung durch Rohstoffe möglich ist, müssen allerdings zwei Bedingungen gegeben sein: Sie müssen verfügbar und ihr Absatz auf dem Weltmarkt gesichert sein.

Der erste Fall ist nur dann gewährleistet wenn:

- die Kontrolle über das Abbaugebiet gegeben ist;
- der, möglichst mit geringem Aufwand und Kosten verbundene Abbau nicht unterbrochen wird;
- und die Rohstoffquelle selbst nicht versiegt.

Insbesondere Diamanten und Edelsteine, also lukrative und exportfähige Ressourcen bieten sich hier vor allem an. Im Vergleich zu extern sensitiven ist ihr Abbau nicht an große Investitionen oder Know-how gebunden, und es können teilweise sogar Kinder eingesetzt werden.

Die zweite Bedingung, also der gesicherte Absatz auf dem Weltmarkt, scheint insbesondere für Rebellenorganisationen immer schwieriger zu werden. 1998 beschloss der UN-Sicherheitsrat ein Embargo auf sogenannte Blutdiamanten, die die Angolanische Befreiungsarmee (UNITA) auf den Weltmarkt exportierte, 2000 ein ebensolches für die Exporte der Sierra Leonischen Revolutionary United Force (RUF).[34]

Verfolgt man diese Überlegung weiter, zeigt sich, dass das Einwirken der Rohstoffdimension auf einen Konflikt zur Entwicklung einer eigenständigen Kriegsökonomie

---

[33] Taylor B. Seybolt : Major armed conflicts. SIPRI Yearbook 2001 Armaments, Disarmament and International Security. Oxford 2001. pp. 15 – 51 (p. 50)

[34] C.f. François Missier/ Olivier Vallée: Les diamants de la guerre. In : Politique Internationale, n° 91, Printemps 2001. pp. 271 –293
Es ist an dieser Stelle interessant, darauf hinzuweisen, dass staatliche Exporte wie in diesem Fall jene von Angola oder Sierra Leone, bisher hingegen von internationalen Sanktionen verschont geblieben sind, obwohl auch diese zu einem immensen Teil Militärausgaben decken und somit zur Fortdauer des Konfliktes beitragen. Auf diesen Punkt soll im dritten Kapitel noch näher eingegangen werden.

beitragen kann, was sich merklich auf Verlauf und Dauer auswirkt. „Krieg kostet nicht nur Geld, mit ihm kann man auch Geld verdienen.“[35]

Eroberung und Kontrolle von ressourcenreichen Gebieten, ungestörter Abbau, gesicherter Transport durch das Land und schließlich der gewährleistete Zugang zu Absatzmärkten- all diese Vorgänge stellen sowohl für staatliche als auch für nicht-staatliche Konfliktakteure die Basis für eine gesicherte Kriegsfinanzierung dar. Dies hat dazu beigetragen, dass sich in vielen Krisengebieten, und auch darüber hinaus, Netzwerke aufgebaut haben, in denen Krieg zum Geschäft geworden ist. In diese Netzwerke eingebunden sind nicht nur Rebellenführer, lokale Stammesführer oder private Wirtschaftstreibende, sondern sehr wohl auch Politiker in führenden Positionen, Militärs und Kommandeure auf unteren militärischen Ebenen. Gerade eine Finanzierung der Kriegsparteien durch Ressourcen hängt davon ab, dass die nötigen Infrastrukturen vorhanden sind, damit die Rohstoffe auch vermarktet werden können. Besonders dann, wenn der Staat sich als zu schwach und ineffektiv erweist, um die wirtschaftlichen Aktivitäten ausreichend zu kontrollieren, können sich aus diesem Vakuum parallele, privatisierte Strukturen herausbilden, die diese Funktionen übernehmen. „War has become business and business is used to wage a war.“[36]

Diese Entwicklung trägt maßgeblich dazu bei, die Dauer eines Konflikts noch zusätzlich zu verlängern. Denn erstens, nimmt auf diese Weise die Zahl der beteiligten Akteure zu, wodurch sich der Kriegsgegenstand immer weiter von seinem Ursprung entfernen und die Kriegssituation an Komplexität dazu gewinnen kann. Außerdem zeichnet sich die Entwicklung einer Kriegsökonomie ja gerade durch die Tatsache aus, dass diese Akteure deshalb intervenieren, weil sie sich aus den Kriegsgeschehen finanzieren, und daher an Frieden keinerlei Interesse haben. Als Beispiel kann auch hier wieder die Demokratische Republik Kongo herangezogen werden. Bis zu dem vorläufigen Friedensabkommen im Juli 2003 hatten sich im Laufe des zweiten Kongokrieges Strukturen etabliert, in denen es weniger um die anfänglichen Kriegsgründe[37] ging, als vielmehr um die Konsolidierung individueller Akkumulationsmöglichkeiten. Eine „beispielhafte“ Persönlichkeit kann hier im Halbbruder des ugandischen Präsidenten Museveni, Caleb Akwandanaho alias Salim Saleh, gesehen werden. Durch seine massive Geschäftbeteiligung am Ressourcenabbau auf kongolesischem

[35] Klaus Jürgen Gantzel: Neue Kriege? Neue Krieger? in: In: Bruno Schoch/ Corinna Hauswedell/ Christoph Weller/ Ulrich Ratsch/ Reinhard Mutz (ed.): Friedensgutachten 2002. LIT/ Münster 2002. pp. 80-89 (p. 87)

[36] Tim Raeymakers: Network War: An Introduction to Congo’s Privatised Conflict Economy. International Peace Information System (IPIS), Antwerpen 2002.

[37] Auf Seiten Kabilas war dies die Rückkehr der ausländischen Truppen, die ihn davor beim Sturz Mobutos unterstützt hatten; auf der anderen Seite, die Einforderung der vormals versprochenen Schürfrechte.

Territorium, sowie den damit verbundenen Wirtschaftsaktivitäten, wie Transport und Zwischenhandel, gehört er zu den größten Kriegsgewinnlern.
Aufgrund der Etablierung dieser kriegsökonomischen Netzwerke kann auch nach der offiziellen Beendigung eines Konfliktes weiterhin ein hohes Risiko bestehen, dass die individuelle Bereicherung weitergeht.

Zusammenfassend sind folgende Punkte festzuhalten:

Erstens stellen Bodenschätze eine wichtige direkte und indirekte Finanzierungsquelle dar. Aufgrund der globalen Nachfrage nach natürlichen Ressourcen, die den gewinnbringenden Absatz auf dem Weltmarkt garantiert, bieten sie für einige Konfliktparteien neue Varianten der Außenfinanzierung nach dem Kalten Krieg an.

Zweitens kann die Frage der Kontrolle von lukrativen Bodenschätzen aber auch einen wichtigen Gegenstand darstellen, der unterschwellige Spannungen in einer Region erst zu einem Konflikt werden lässt: Einerseits, kann ein Gefühl der Benachteiligung in der Ressourcenverteilung soziale Gruppen erst dazu bewegen, sich zu mobilisieren, und somit einen bewaffneten Konflikt auslösen. Andererseits, stellt das Vorhandensein von Bodenschätzen eine Möglichkeit dar, diese Auseinandersetzung – und später auch die Sezession – finanziell zu tragen.

Die Umsetzung dieser beiden Funktionen von Rohstoffen innerhalb von Konflikten hängt allerdings vornehmlich von der Tatsache ab, dass die nötigen Strukturen vorhanden sind, um den Kontakt zum Markt auch herzustellen. Die rund um den Handel entstehenden Tätigkeitsfelder, wie Transport, Ausfuhr oder Zwischenhandel, haben zum Aufbau eines Wirtschaftssystems geführt, in dem der Krieg zum Gravitationspunkt geworden ist. Mit der Perfektionierung dieser, zum Großteil privatisierten Strukturen droht der Kriegszustand für einige Akteure zu einem erstrebenswerten Dauerzustand zu werden, dessen Beendigung auch das Ende ihrer Verdienstmöglichkeit bedeuten würde.
Dies alles macht deutlich, wie wichtig das Einwirken auf die Ressourcendimension für eine nachhaltige Konfliktbeilegung ist.

3. Diskussion von Lösungsansätzen

In den ersten beiden Kapiteln wurden zwei Ideen durchargumentiert. Erstens, wurde versucht, aufzuzeigen, dass Ressourcenreichtum unter bestimmten Umständen ein größeres Konfliktrisiko beinhalten kann als Ressourcenarmut. Zweitens ist es darum gegangen, inwieweit die Ressourcendimension sowohl eine wichtige Finanzierungsgrundlage als auch einen zusätzlichen Konfliktgegenstand darstellen kann.

Auf diesen Überlegungen aufbauend, werden in diesem dritten Kapitel einige Modelle vorgestellt, wie durch ein gezieltes Einwirken auf die Ressourcenfrage, innere Konflikte nachhaltig zu lösen sind. Dabei wird insbesondere untersucht, ob die Umsetzung dieser Vorschläge wirklich eine positive Auswirkung auf die Befriedung von Konflikten haben kann.

3.1 Internationale Verwaltung von Rohstoffen

Ein häufig, vor allem in den Industriestaaten vorgeschlagener Lösungsansatz, besteht darin, strategische Rohstoffe einer internationalen Kontrolle zu unterstellen. Durch die Etablierung internationaler Organisationen, nach dem Vorbild der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) oder der *International Energy Agency* (IEA) könnte, so Autoren wie der US- amerikanische Sicherheitsexperte Michael T. Klare, ein umfassendes Inventar aller strategischen Ressourcenvorkommnisse weltweit erstellt werden, das als Basis für eine „equitable distribution of the world's existing resource stockpiles" dienen könnte[38].

Diese auf den ersten Blick womöglich plausibel und attraktiv wirkende Option wirft allerdings bei einem zweiten Hinsehen einige durchaus berechtigte Fragen auf. Die erste ist sicherlich, was sich die Verfechter dieser Idee unter einer gerechten Verteilung vorstellen und nach welchem Muster eine solche vorgenommen würde. Und vor allem, von wem?

Auch der Vorschlag einer umfassenden Registrierung aller verfügbaren Rohstoffe ist bedenklich. Zunächst einmal erscheint es fragwürdig, ob eine Deklarierung aller Bodenschätze durch einen Staat rein technisch überhaupt machbar ist. Müsste bei Misstrauen über die Richtigkeit der genannten Mengen, so wie beispielsweise gerade bezüglich der Angaben des Iran über sein Atomprogramm, auch hier mit internationalen Sanktionen oder Strafen gerechnet werden?

Welche Konsequenzen hätte ein Staat zu befürchten, der sich grundsätzlich weigern würde, seine natürlichen Ressourcen einer internationalen Kontrolle zu unterstellen? Und würden

[38] Michael T. Klare: a.a.O. pp. 223

dies nicht Staaten wie die USA zum Anlass nehmen, diese Rohstoffe auch gewaltsam der „kollektiven Verwaltung“ zu unterstellen?

Bei dem gegenwärtigen Ausmaß des Ressourcenverbrauchs in den Industriestaaten wäre ein vergleichbarer Anstieg des Rohstoffkonsums in den Schwellen- und Entwicklungsländern nicht nachhaltig möglich. Unter diesen Umständen drängt sich der Gedanke auf, ob sich hinter diesen „friedenspolitischen“ Modellen nicht viel mehr die Interessen der entwickelten Staaten verbergen, die auch in Zukunft noch den Zugang zu Rohstoffen zur sicheren Versorgung der eigenen Produktion garantieren möchten?

Wie lässt sich der Vorschlag einer internationale Verwaltung also zusammenfassend beurteilen?

Wie im ersten Kapitel dieser Arbeit argumentiert, besteht ein wichtiger Konfliktfaktor in der Schwäche staatlicher Strukturen. Ist ein Staat nicht in der Lage, die Gesamtheit seines Staatsgebietes – und somit auch seine Bodenschätze – ausreichend zu kontrollieren, so steigt das Risiko, dass innere Spannungen zu einem Konflikt ausbrechen. In diesem Sinn erscheint der Vorschlag, Staaten ihre noch verbleibende Kontrolle auch noch zu entziehen und sozusagen die nationale Verfügungsgewalt über die Rohstoffe aufzuheben, mit dem damit verfolgten Ziel einer Stabilisierung und Festigung der Souveränität dieser Staaten unvereinbar. In diesem Sinn mag es auch riskant erscheinen, Staaten, die sowohl natürliche Ressourcen besitzen als auch über stabile und solide Strukturen verfügen, und seit Jahren in Frieden bestehen, wie zum Beispiel Ghana oder Botswana, ihre Kontrolle zu entziehen.

3.2 Angleichung von Rohstoffpreisen an durchschnittliche Förderkosten

Mit steht es nun mit dem zweiten Vorschlag, der unter anderem von Herfried Münkler vorgebrachten Idee, direkt auf die Weltmarktpreise konfliktrelevanter Rohstoffe einzuwirken, beziehungsweise diese den Marktkräften zu überlassen. Durch die Absenkung der Weltmarktpreise auf das Niveau der jeweiligen Förderkosten strategischer Ressourcen sollen nach diesem Lösungsansatz Profitmargen verhindert und damit Konfliktursachen ausgeräumt werden.[39]

Diese Vorstellung schließt damit gewissermaßen an Überlegungen aus dem ersten Kapitel an: Liegt der Preis eines Rohstoffs auf dem Weltmarkt höher als die Kosten für seinen Abbau, so stellt dieser Umstand einen zusätzlichen Risikofaktor dar, der Konflikte begünstigen kann.

[39] Herfried Münkler in seinem Vortrag am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien am 20. Oktober 2003.

Doch kann durch eine Angleichung zwischen Handelspreis und Förderkosten ein Krieg wirklich beendet, beziehungsweise sein Ausbrechen verhindert werden?

Die Rechnung mag aufgehen, wenn man argumentiert, dass somit die Lukrativität und die Attraktivität des betroffenen Metalls, Minerals oder Energieträgers abnimmt, und es sich weniger lohnt, für dessen Kontrolle einen Krieg zu führen. Insbesondere Rebellengruppen würden es sich wohl überlegen, auf den Rohstoffabbau als zentrale Finanzierungsbasis zurückzugreifen.

Allerdings gibt es auch hier wieder einige Einwände, sowohl was den friedensstiftenden, als auch den konfliktverhindernden Wert eines solchen Konzepts betrifft.
Neben Rebellen wären nämlich auch Staaten von den Einnahmerückgängen betroffen.
Während die Rebellen sogar eher noch versuchen können, die Förderkosten einfach noch mehr zu senken, – zum Beispiel durch einen noch größeren Einsatz von billigen Arbeitskräften wie Kindern oder von Gefangenen – bietet sich für einen Staat eine solche Möglichkeit nicht an, ohne zu Ungunsten der Bevölkerung vorzugehen, zum Beispiel durch eine Senkung der Lohnkosten. Dies wirkt jeder Aussicht entgegen, dass aus dem schwachen oder sogar zerfallenden Staat trotzdem ein stabiler und funktionsfähiger Staat wird, der die Kontrolle über sein gesamtes Staatsterritorium besitzt.
Fehlende Profitmargen im Rohstoffsektor könnten die Lasten des Krieges noch stärker auf die Schulter der Bevölkerung verlagern. Durch eine Zunahme der Steuer- oder sonstiger Abgaben, der Plünderungswellen oder der Veruntreuung internationaler Hilfsleistungen wären erneut die Zivilisten die Hauptleittragenden, ohne dass sie dennoch einem Frieden näher kämen.

Ungeachtet der Auswirkungen auf den Verlauf von Konflikten, ließe sich der Vorschlag zur Angleichung der Weltmarktpreise an die Förderkosten auch in bezug auf den Ausbruch zukünftiger Kriege hinterfragen.

Ein massives Senken der Preise könnte zur Folge haben, dass sich selbst für einige bisher relativ stabile rohstoffexportierende Staaten der Abbau ohne Subventionen plötzlich nicht mehr lohnen würde.
Dies könnte verschiedene Konsequenzen haben: angefangen bei einer wirtschaftlichen Umstrukturierung im „besten“ Fall, bis hin zur völligen Verarmung, beziehungsweise Überschuldung, verbunden mit Versorgungsnotständen und zunehmenden Wanderbewegungen. Gerade allerdings Migrationen in Zeiten von Missständen können wiederum, wie weiter oben gesehen, Auslöser regionaler Spannungen oder sogar bewaffneter

Konflikte werden. Indirekt könnte also eine Preissenkung mit vordergründig friedenspolitischen Absichten langfristig neue Konflikte heraufbeschwören.
Fasst man diese Einwände nun zusammen, so drängt sich gewissermaßen wiederum die Befürchtung auf, auch hinter diesem Vorschlag könnten, gerade angesichts steigenden Rohstoffbedarfs in den Industrienationen, in erster Linie „westliche“ Interessen stecken. Zum einen würde für diese Vermutung sprechen, dass so den „westlichen“ Nachfragern der Zugang zu kostengünstigeren Bodenschätzen auf dem Weltmarkt ermöglicht würde, wodurch diese zusätzlich ihre Produktionskosten senken könnten. Zum anderen stellt sich gleichzeitig die Frage, inwiefern der vermehrte Verkauf von Schürfrechten und Konfessionen durch Staaten, die sich den Export ihrer natürlichen Ressourcen im Zuge einer relativen Verteuerung der Förderkosten nicht mehr leisten können, in gewisser Weise nicht auch gerade finanzkräftigen multinationalen Unternehmen in die Hände spielen würde.

3.3 Errichtung Internationaler Embargos auf Rohstoffe aus Kriegsgebieten

Ein weiterer Versuch zur Beilegung von Kriegen kann in der internationalen Blockade des Handels bestimmter Rohstoffe, deren Bedeutung bei der Alimentierung einer oder mehrerer Streitparteien nahe liegt, gesehen werden.
Insbesondere der Diamantenhandel ist seit Ende der neunziger Jahre teilweise Gegenstand gezielter Maßnahmen geworden. Im Juli 1998 beschloss der UN-Sicherheitsrat ein Embargo gegen die von der UNITA exportierten sogenannten Blutdiamanten, zwei Jahre später eines gegen jene aus Sierra Leone, die die RUF auf den Markt brachte.
Was auf den ersten Blick erfolgsersprechend für das Entziehen der finanziellen Grundlage bestimmter Bürgerkriege und für die Abschreckung vor neuen wirken mag, wirft allerdings einige Einwände auf:

Der Bürgerkrieg in Angola herrscht bereits seit Jahrzehnten. Jonas Savimbi, der Chef der UNITA, hatte also ausreichend Zeit, um durch den Diamantenhandel „steinreich“ zu werden, bis der Export eingeschränkt wurde. Ähnliches gilt auch im Fall von Sierra Leone. Auch hier hatte der Handel der RUF mit Diamanten aus Gebieten, die von ihr besetzt wurden, schon Jahre vor 2000 floriert, insbesondere zwischen 1996 und 1998. In diesem Sinn kamen die UN-Embargos also reichlich spät.

Die bisher verhängten Embargos haben sich außerdem ausschließlich auf Diamanten bezogen, während es eine Vielzahl anderer Bürgerkriege gibt, deren Streitparteien sich aus dem Export anderer Bodenschätzen finanziert haben. Embargos im Coltan-, Gold oder Ölgeschäft hat es bisher aber noch nie gegeben. Missier und Vallée erklären diesen Umstand

durch die Tatsache, dass Diamanten keine so strategische Bedeutung wie zum Beispiel Öl zukommt und bei einem globalen Versorgungsengpass auch auf Ersatzprodukte, wie synthetisch hergestellte Diamanten ausgewichen werden kann: „(...)l´importance secondaire du diamant aux yeux des puissances du G8 en fait un terrain d´expérimentation commode pour un exercice de moralisation sélectif, qui ne leur coûte guère...“.[40]
Allerdings muss an dieser Stelle berücksichtigt werden, dass gerade Diamanten sicher zu jenen Bodenschätzen zählen, die sich, aufgrund ihres hohen spezifischen Wertes und des geringen Aufwands, der für ihren Abbau nötig ist, als sehr geeignet für die Finanzierung militärischer Ausgaben erweisen. Sie erbringen auch in kleinen Mengen noch unverhältnismäßig hohe Einnahmen und können zum Beispiel beim Kauf von Waffen beinahe wie Geld gehandhabt werden. Dieser Umstand mag teilweise die Entscheidung des UN-Sicherheitsrats erklären.

Allerdings führt auch gerade dieses Argument zu einer weiteren Überlegung, die die Effizienz eines internationalen Verbots von Blutdiamanten auf dem Weltmarkt in Frage stellen kann. Gerade aufgrund ihrer geringen Größe und ihrer leichten Handhabung wird der Diamantenhandel zu einem großen Ausmaß über den Schwarzmarkt, beziehungsweise über mehrere Zwischenhändler abgewickelt. Dadurch ist eine wirksame Kontrolle nur äußerst begrenzt möglich. Gerade die Abwicklung des Exports über Diasporas in Nachbarstaaten, wie die der Angolaner in Namibia und Zambia, kann zum Beispiel eine Möglichkeit darstellen, um die Rückverfolgung zum Ursprung der Diamanten zu verwischen.[41] Herbert Wulf und Wolf-Christian Paes kommen daher in dieser Frage zu dem Schluss, dass ein Embargo dann nicht zielführend ist, wenn sich andere Staaten, zum Beispiel die Nachbarn, die in den Rohstoffhandel mit involviert sind, nicht daran halten. In diesem Sinn muss gleichzeitig mit dem Embargo eine öffentliche Nennung all jener Akteure stattfinden, die dazu beigetragen haben, dass dieses umgangen werden konnte. Ein solches „naming and shaming“ hat in den genannten Beispielen allerdings nicht stattgefunden.[42]

All diese Erwägungen stellen den friedensstiftenden Wert der beiden Embargos zunehmend in Frage. Ein positiver Nebeneffekt solcher Maßnahmen kann sicherlich in der so ausgelösten öffentlichen Diskussion um „Blutdiamanten“ gesehen werden. Welche tatsächliche Einwirkung diese aber auf eine Beendigung eines Konflikts haben kann, ist fragwürdig.

---

[40] François Missier/ Olivier Vallée, a.a.O. p. 272
[41] François Missier/ Olivier Vallée, a.a.O. p. 281
[42] Herbert Wulf/ Wolf-Christian Paes: Die Kommerzialisierung von Gewalt – Zur Ökonomie der Bürgerkriege. In: Reinhard Mutz/ Bruno Schoch,/ Ulrich Ratsch: Friedensgutachten 2001. LIT/ Münster. pp. 105 –114

Wie Missier und Vallée richtig festhalten, muss bei der Bewertung eines solchen internationalen Vorgehens auch immer nach den genauen Hintergründen gefragt werden, und hierbei vor allem danach, inwiefern auch hier wiederum die nationalen Wirtschaftsinteressen der Industriestaaten vor der deklarierten Absicht stehen, Kriege zu befrieden.

3.4 Fazit und Gegenvorschlag: Stärkung regionaler Sicherheitsbündnisse

Zusammenfassend erscheinen die drei diskutierten Lösungsansätze zwar auf das Konfliktpotential der Ressourcenfrage einzuwirken, in allen Fällen lassen sich jedoch erhebliche Einwände bezüglich einer effektiven Umsetzung anbringen. Es muss gefragt werden, inwieweit ein von außenstehenden Staaten, in diesem Fall den Industriestaaten, entwickeltes Modell auch wirklich auf die Lösung des konkreten Problems zugeschnitten ist. Auch drängt sich die Frage auf, ob hinter den Vorschlägen einer internationalen Verwaltung von strategischen Ressourcen, einer Angleichung der Weltmarktpreise an die Förderkosten, sowie der gezielten Verhängung von Embargos, nicht viel mehr die Interessen der Industrienationen an der Sicherung einer günstigen und garantierten Rohstoffversorgung ihrer Ökonomien liegen, als der Wunsch nach einer nachhaltigen Beilegung bewaffneter Auseinandersetzungen. Die Antwort muss woanders liegen. Vielmehr muss sie gewissermaßen von den betroffenen Staaten selber kommen, anstatt von außen.

Sollen durch ein Einwirken auf die Ressourcendimension innere Sicherheit und Stabilität in einem Staat hergestellt und gestärkt werden, so ist es ratsam, zunächst einmal die Umstände, die Rohstoffreichtum erst zu einem potentiellen Konfliktfaktor werden lassen, heranzuziehen. Zu Beginn dieser Arbeit wurde aufgezeigt, dass Defizite in der staatlichen Territorialkontrolle, d.h. insbesondere Mängel in der Kontrolle der Ressourcenvorkommnisse eine wesentliche Grundlage für die Bedeutung der Finanzierung von Konflikten durch Ressourcen darstellen können. Die Schwäche und Absenz staatlicher Strukturen kann somit natürliche Ressourcen ebenso zu Konfliktgegenständen, wie zu einer Finanzierungsgrundlage werden lassen.

Will man eine solche Situation vermeiden, so muss es darum gehen, die staatlichen Strukturen zu konsolidieren.

Die Schwäche eines Staates entpuppt sich in erster Linie als eine Überforderung seiner Strukturen. Es mangelt ihm an Mitteln und handlungsfähigen Institutionen, die für die zufriedenstellende Erfüllung staatlicher Funktionen nötig wären. Korruption und Misswirtschaft führen dazu, dass Exekutiv- und Verwaltungsapparat nicht mehr effizient und

effektiv arbeiten, und als Konsequenz, die Legitimität des Staates bei der Bevölkerung abnimmt. Die Folge einer solchen Misswirtschaft ist Klientelismus, der Spannungen und zentrifugale Tendenzen verstärkt. Ein Eingreifen von außen kann in diesem Zusammenhang kontraproduktiv sein, weil die staatlichen Strukturen dadurch nicht konsolidiert werden.

Eine in Erwägung zu ziehende Lösung könnte hingegen ein verstärktes Zusammenwirken schwacher Staaten, deren Defizite ähnliche Charakteristika aufweisen, darstellen. Die zunehmende Integration dieser Staaten auf einer regionalen suprastaatlichen Ebene könnte zum einen dazu beitragen, durch die kollektive Ausübung sicherheitspolitischer Funktionen, den Einzelstaat zu entlasten. So würde es ihm erleichtert, seine mangelnden Kompetenzen wiederzuerlangen und innere Ordnung und Sicherheit herzustellen. Zum anderen könnte zusätzlich eine Ausgliederung der Rohstoffverwaltung auf eine regionale Ebene zu einem effektiveren Umgang mit diesen Bodenschätzen und zu einem stärkeren, weil kollektiven Auftreten dieser Staaten auf dem Weltmarkt führen.

Die Umsetzung einer solchen Idee könnte entweder durch die Etablierung neuer suprastaatlicher Organisationen, oder durch den Ausbau und die Ergänzung bereits bestehender regionaler Institutionen, die bisher in begrenzten Sachgebieten agiert haben, erfolgen. Letzteres hätte den Vorteil, dass schon Strukturen und Organe vorhanden wären, wodurch zum einen die internationalen Kontakte sowie die öffentliche Akzeptanz bereits teilweise gewährleistet wären. Zum anderen könnte auf diese Weise auch die Aufbau- beziehungsweise Übergangsphase beachtlich verkürzt werden.

Die Möglichkeit der Konfliktverhinderung durch eine verstärkte regionale Kooperation würde außerdem gewissermaßen die drei oben analysierten Lösungsvorschläge teilweise mitberücksichtigen und integrieren, und ihre Umsetzung somit ebenfalls ermöglichen. Dies allerdings auf eine Art und Weise, die der bereits angesprochenen Notwendigkeit eines Stabilitätszuwachses der betroffenen Staaten stärker entgegen käme.

SCHLUSSWORT

Ziel dieser Arbeit war es, aufzuzeigen, dass relativer Rohstoffreichtum keine Garantie für Wohlstand und Entwicklung darstellen muss, sondern ebenso zu einem Risikofaktor für Sicherheit und Stabilität werden kann. Dies trifft insbesondere dann zu, wenn ein Staat nicht in der Lage ist, ein ausreichendes Maß an Kontrolle über seine Bodenschätze zu gewährleisten, und diese zu einer leichten Beute für nichtstaatliche oder ausländische Akteure zu werden drohen.

Auf der Grundlage schwacher, defizitärer staatlicher Strukturen ist Ressourcenreichtum ein wesentlicher Konfliktfaktor, der die staatliche Stabilität wiederum negativ beeinträchtigen kann. Will man diesen Kreislauf unterbrechen, muss es weniger darum gehen, auf die Ressourcendimension direkt einzuwirken. Im Gegensatz zu den herkömmlichen Vorschlägen muss es meines Erachtens vielmehr darum gehen, das Konfliktpotential der Ressourcenfrage durch eine Konsolidierung staatlicher Strukturen zu entkräften. Da die Schwäche vieler, vor allem schwarzafrikanischer Staaten unter anderem darauf zurückzuführen ist, dass sie über ineffektive Strukturen verfügen, kann ein Schritt darin bestehen, den Aufbau neuer Strukturen zu fördern. In dieser Arbeit wurde der Ansatz angedacht, nach dem die regionale Integration dieser Staaten in suprastaatliche Organismen ihnen helfen könnte, durch verstärkte Kooperation jene Funktionen effektiver auszuführen, zu denen sie vorher nicht in der Lage waren. Eine solche Stärkung dieser Staaten könnte ihre territoriale Kontrolle regenerieren, und sie resistenter gegen innere und äußere Bedrohungen werden lassen. Die Gefahr der Kriege in diesen Regionen könnte so auf Dauer verringert werden.

Kwame N´Krumah´s Vision einer Afrikanischen Vereinigung auf kontinentaler Ebene scheint daher nach wie vor aktuell:

« L´unité africaine et la force qu´elle retirerait d´une unification à l´échelle continentale de son développement économique et industriel (…) pourraient avoir un effet sur la paix du monde. »[43]

[43] Kwame N´Krumah: L´Afrique doit s´unir. Payot/ Paris, 1964. p. 231

BIBLIOGRAPHIE*

- Africa Confidential: Chronology of Sierra Leone - How Diamonds fuelled the conflict. http://www.africa-confidential.com/special.htm

- Petrus Agricola: Der Wettlauf um Afrika. in: Inge Grau/ Christian Mährdel/ Walter Schicho (ed.): Afrika. Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Promedia/ Wien 2000. pp. 117-135.

- Matthias Basedau/ Andreas Mehler: Strategische Ressourcen in Subsahara-Afrika. Konfliktpotenziale oder Friedensgrundlage? In: Internationale Politik. N° 3. 58. Jahrgang. März 2003. pp. 39 – 46

- Olivia Bennett (ed.): Greenwar: Environment and Conflict. Panos/ London 1991.

- John F. Clark: Resource Revenue and Political Development in Sub-Saharan Africa. Congo Republic in Comparative Perspective. In: Africa Spectrum, Jg. 37, Nr. 1/ 2000. pp. 25-41

- Annette von Edig: Konflikte um Wasser- Wasserverfügbarkeit und Wassernutzung: Eine Einleitung. In: Erich Reiter (ed.): Jahrbuch für Internationale Sicherheitspolitik 2000. Mittler/ Hamburg; Berlin; Bonn 2000. pp.141-162

- Michael T. Klare: Resource Wars. The New Landscape of Global Conflict. Henry Holt & co./ New York 2001

- Georg Elwert: Wie ethnisch sind Bürgerkriege? Der Irrglaube, dass Bürgerkriege kulturelle Wurzeln haben. In: E+Z – Entwicklung und Zusammenarbeit, Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung, N ° 10, 10/1998, pp. 265-267. auch unter: http://www.dse.de/zeitschr/ez1098-5.htm

- Fortliberty (Auflistung der bekanntesten Privaten Militärfirmen und ihrer Tätigkeitsgebiete): www.fortliberty.org/employment.shtml

- Klaus Jürgen Gantzel: Neue Kriege? Neue Krieger? in: In: Bruno Schoch/ Corinna Hauswedell/ Christoph Weller/ Ulrich Ratsch/ Reinhard Mutz (ed.): Friedensgutachten 2002. LIT/ Münster 2002 pp. 80 – 89

- Gregor Giersch: Private Militärfirmen: Erweiterung oder Beeinträchtigung staatlicher Ordnungsmacht? Wien (Diplomarbeit) 2003

- Theodor Hanf: Afro-Militarismus. Die Entstehung eines nachhaltigen Kriegssystems im Zentrum Afrikas. In: Bruno Schoch,/ Ulrich Ratsch/ Reinhard Mutz: Friedensgutachten 1999. LIT/ Münster 1999 pp. 161 – 172

* Downloads aller genannten Internetseiten zwischen Dezember 2003 und März 2004.

- Mary Kaldor: New and Old Wars: Organized Violence in a Global Era. Cambridge 1999

- Peter Lock: Ökonomien des Krieges. Ein lange vernachlässigtes Forschungsfeld von großer Bedeutung für die politische Praxis. In: Joachim Betz/ Stefan Brüne (ed.): Neues Jahrbuch Dritte Welt – Entwicklungsfinanzierung Leske + Budrich/ Opladen 2001. pp. 173 – 186,
  siehe auch unter:
  http://www.peter-lock.de/txt/Kriegs%9Akonomien2.html

- Angela Meyer: Sicherheitspolitische Entwicklungen im Südpazifik. Wandel und Neugestaltung in den neunziger Jahren. Wien (Diplomarbeit) 2001

- François Missier/ Olivier Vallée: Les diamants de la guerre. In : Politique Internationale, n° 91, Printemps 2001. pp. 271 –293

- Herfried Münkler: Die Neuen Kriege. Reinbek/ Hamburg 2002

- Norman Myers: Ultimate Security: the Environmental Basis of Political Stability. Norton/ New York 1993.

- NATO: The Alliance's Strategic Concept, Press Release NAC-S(99)65, Washington D.C, 24. April. 1999. (Art. 24)
  http://www.nato.int/docu/pr/1999/p99-065e.htm

- NATO: Rome Declaration on Peace and Cooperation. The Alliance's Strategic Concept agreed by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council,. Rom, 8. November 1991 (Art. 19) http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c911108a.htm

- Kwame N´Krumah: L´Afrique doit s´unir. Payot/ Paris, 1964

- Wolf-Christian Paes: Patrioten, Politunternehmer, Profiteure. Zur politischen Ökonomie von Bürgerkriegen. W&F 3/2001
  http://www.iwif.de/wf301-21.htm

- Tim Raeymakers: Network War: An Introduction to Congo's Privatised Conflict Economy. International Peace Information System (IPIS), Antwerpen 2002

- Jean-Christophe Rufin: Kriegswirtschaft in internen Konflikten. In: Francois Jean / Jean-Christophe Rufin (ed.): Ökonomie der Bürgerkriege. Hamburger Edition/ Hamburg, pp. 15-46

- Sandline International (Homepage):
  http://www.sandline.com/site/index.html

- Taylor B. Seybolt: Major armed conflicts. SIPRI Yearbook 2001, Armaments, Disarmament and International Security. Oxford 2001. pp. 15 – 51

- SIPRI Yearbook 2000, Armaments, Disarmament and International Security. Oxford 2000

- United Nations: Report of the Panel of Experts on the Illegal Exploitation of Natural Resources and Other Forms of Wealth of the Democratic Republic of the Congo, Document S/2000/357. New York, 2001
  http://www.un.org/Docs/sc/letters/2001/357e.pdf

- Herbert Wulf/ Wolf-Christian Paes: Die Kommerzialisierung von Gewalt – Zur Ökonomie der Bürgerkriege. In: Reinhard Mutz/ Bruno Schoch,/ Ulrich Ratsch: Friedensgutachten 2001. LIT/ Münster 2001. pp. 105 –114

- Douglas A. Yates: Die Elf-Skandale. Eine Fallstudie von Elementen französischer Außenpolitik unter dem Ancien Régime. In: Rolf Hofmeier/ Cord Jakobeit (ed.): Afrika-Jahrbuch 1999, Vs Verlag für Sozialwissenschaften/ Hamburg 2000, pp. 73-84

- Universität Hamburg: Kriege-Archiv: Kriege und bewaffnete Konflikte seit 1945
  http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege_archiv.htm